

Kleine Anfrage
der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN

**Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für eine „Geste des Friedens“
in Guernica, Baskenland**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie ist die vom Deutschen Bundestag am 10. November 1988 angenommene Beschußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses über eine Geste des Friedens in Guernica von seiten der Bundesregierung realisiert worden (in bezug auf die Städtepartnerschaft; in bezug auf Kooperationsprojekte; in bezug auf Förderung der Berufsbildung in der Guernica-Region; in bezug auf einen Beitrag zur Ausstattung einer Bibliothek in Guernica)?
2. Wie viele finanzielle Mittel hat die Bundesregierung für die in Frage 1 beschriebenen Maßnahmen bis jetzt eingesetzt?
3. Wie oft hat die Bundesregierung die baskischen Behörden seit dem 10. November 1988 wegen der angenommenen Beschußempfehlung konsultiert?
4. Hat es jemals von seiten des Stadtrates in Guernica oder von seiten des baskischen Parlaments einen Antrag oder die Initiative zugunsten der Einrichtung einer internationalen Begegnungsstätte für Frieden und Versöhnung in Guernica gegeben, und wenn ja, warum konnten diese Initiativen/Anträge nicht realisiert werden?
5. Ist die Bundesregierung darüber informiert gewesen, daß das baskische Kultusministerium wie auch der Stadtrat in Guernica mehrheitlich die Anträge der Opposition (GRÜNE und SPD) im Deutschen Bundestag über eine Geste des Friedens und der Freundschaft in Guernica von Anfang an unterstützt hatten?
6. Wie hoch sind die Mittel (aus den Haushaltsmitteln des Auswärtigen Amtes), mit denen die Städtepartnerschaft zwischen Pforzheim und Guernica seit 1988 unterstützt wird?

7. Hält die Bundesregierung die vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kooperationsprojekte in Guernica für ausreichend, angesichts der beschämenden Tatsache, daß es bis zum Bundestagsbeschuß vom 10. November 1988 von bundesdeutscher Seite weder materielle Wiedergutmachung noch eine Versöhnungsgeste gegeben hatte?

Bonn, den 4. September 1990

Frau Kelly
Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion